

# Erneut Diskussion um WKA

## Ausgleich auf Gemeindegebiet gefordert

**SCHWAFÖRDEN (ab)** ■ Das Thema Windkraftanlagen wurde bei der Sitzung des Schwafördener Gemeinderates am Dienstag, zu der sich zahlreiche Zuhörer eingefunden hatten, erneut heftig diskutiert.

Im Begleitschreiben zur Unterschriftensammlung der „Bürgerinitiative gegen weitere Windkraftanlagen in Schwaförden“ war die Frage gestellt worden, ob die Kompensationsmaßnahmen für den Bau von Windkraftanlagen tatsächlich in der Gemeinde erbracht werden. Gemeindedirektor Helmut Denker teilte mit, dass hierzu bei vier Anlagen auf Gutachten verwiesen werde, die den Genehmigungen nicht beigelegt seien, für vier weitere wurden Ersatzgeldzahlungen in Höhe von insgesamt 162 379,80 Euro festgelegt, die in den Ausgleichspool des Landkreises fließen. Durch Anlegen eines Kleingewässers, Baumpflanzungen und 1,4 Hektar Extensivgrünlandnutzung wird der Kompensationsbedarf für zwei Anlagen ausgeglichen, für elf Anlagen bestehe ein Kompensationsbedarf von 2 600 Hektar Extensivgrünlandnutzung (Ausgleich in den Gemarkungen Weseloh und Schwaförden) und 21 949 Hektar Waldumwand-

lung und Feldgehölze (Ohlendorf, Wesenstedt und Mallinghausen).

Arthur Rohlfing erklärte, dass die SPD-Fraktion einen Antrag zurückgezogen hatte, sich darum zu bemühen, die Ersatzzahlung von rund 160 000 Euro in die Gemeindegasse zu bekommen – „damit würden wir den Anlagenbetreibern helfen, ihrer Ausgleichspflicht nachzukommen.“ Der Kreis habe versichert, dass die Mittel in Schwaförden zum Einsatz kommen. Bürgermeister Wilfried Schlichte machte deutlich, dass es nicht ausreichend geeignete Flächen für die Kompensation in der Gemeinde gebe. Denker: „Wenn wir das Geld bekämen, müssten wir losziehen, um für die Betreiber Flächen zu besorgen.“ Die Zuhörer kritisierten massiv, die Gemeinde habe versäumt, in diesem Punkt rechtzeitig mit den Anlagenbetreibern zu verhandeln. Gefordert wurde u.a., den Protest der Bürger in einer Erklärung zu unterstützen und zu versuchen, auf die Gesetzgebung zur Signalbefeuern Einfluss zu nehmen. Erneut wurden Ratsmitglieder, auf deren Flächen Anlagen stehen, aufgefordert, einen Teil ihrer Einnahmen für Projekte zu stiften, von denen alle Bürger etwas haben.